

Wie sehr darf man als Chefarzt die Besachswaltung hassen?

Chefarzt Prim. Dr. Georg Psota

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE ■ WIEN

Grundlagen der Sachwalterschaft

SW übernimmt gesetzliche Vertretung für einen erwachsenen Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung oder psychischer Erkrankung, wenn dessen Entscheidungs- und „Geschäftsfähigkeit“ dadurch eingeschränkt ist und die Gefahr einer Benachteiligung besteht.

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE ■ WIEN

Geschichte des Sachwalterrechts in Ö

- 28.6.1916: Kaiserliche Verordnung über die Entmündigung/Entmündigungsordnung (EntmO)
- 1.7.1984: Bundesgesetz über die Sachwalterschaft von behinderten Personen (Sachwaltergesetz, SWG)
- 24.5.2006: Sachwalterrechts-Änderungsgesetz 2006 (SWRÄG 2006) beschlossen, 1.7.2007 in Kraft getreten

Entmündigungsordnung (1916)

- regelte Verlust der Handlungsfähigkeit sowie die zwangsweise Unterbringung in Anstalten
- nach Formulierung der Menschenrechte 1948 und der Psychiatriereform 1970 nicht mehr zeitgemäß
- pauschale Beschränkung bzw. pauschaler Entzug der Geschäftsfähigkeit
- mangelnde Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen
- diskriminierende Begriffe wie „Entmündigung“, „Geisteskrankheit“, „Geistesschwäche“

Sachwaltergesetz (1983)

- Neue Ausrichtung: das Wohl der betroffenen Person – Beschränkung der Geschäftsfähigkeit nur Resultat dieses Prinzips
- Schutzgedanke schon in der EntmO, dort aber Schutz der Allgemeinheit, nicht des Individuums
- individuelle Anpassung bereits 1986 festgehalten: SW für eine, mehrere oder alle Angelegenheiten
- Ziel: Reduktion der SW
- Nicht nur Rechtsgeschäfte – auch Fürsorgegedanke

Sachwaltergesetz (1983)

- Ausdrücke „Geisteskranke“, „Geistesschwache“, „Entmündigung“ und „Beistand“ werden durch die Termini „Sachwalter“/„Kurator“, „Kurand“, „Schutz-“ oder „Pflegebefohlener“, „Besachwalteter“ und „Sachwalterschaft“ ersetzt
- Einführung Vereinssachwalterschaft (erster Verein für Sachwalterschaft bereits 1980 gegründet – Ziel: Verbindung von Vertretung und Betreuung)

SWRÄG 2006 – Hintergrund der Novelle

Steigende Anzahl der SW wegen:

- steigender Lebenserwartung
- zunehmender „Verrechtlichung“ und Formalisierung des gesellschaftlichen Lebens
- SW-Bestellung nur für bestimmte Angelegenheiten kaum genutzt
- Kritik an der Beschneidung der Autonomie – Ziel: größere Selbstbestimmung

SWRÄG 2006 – Wichtige Neuerungen

- Betonung des Subsidiaritätsprinzips:
Zurückdrängung der SW, Stärkung der Alternativen: informelle Hilfe durch Familie und Freundeskreis, Vorsorgevollmacht, Vertretungsbefugnis für nahe Angehörige, Sachwalterverfügung
- Schwerpunkt Personensorge (Wohnort, medizinische Behandlung)
- Höchstgrenzen der Zahl von SW

SWRÄG 2006 – neue und bestehende Regelung

§ 268 Abs. 1 ABGB:

„Vermag eine volljährige Person, die an einer psychischen Krankheit leidet oder geistig behindert ist, alle oder einzelne ihrer Angelegenheiten nicht ohne Gefahr eines Nachteils für sich selbst zu besorgen, so ist ihr auf ihren Antrag oder von Amts wegen dazu ein Sachwalter zu bestellen.“

SWRÄG 2006

§ 268 Abs. 2 ABGB: SW als letzter Ausweg

„Die Bestellung eines Sachwalters ist unzulässig, soweit Angelegenheiten der behinderten Person durch einen anderen gesetzlichen Vertreter oder im Rahmen einer anderen Hilfe, besonders in der Familie, in Pflegeeinrichtungen, in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder im Rahmen sozialer und psychosozialer Dienste, im erforderlichen Ausmaß besorgt werden.“

SWRÄG 2006

§ 268 Abs. 3 ABGB:

Wirkungsbereich des SW so weit als möglich und *individuell* einschränken:

Geschäftsunfähigkeit für einzelne
Angelegenheiten, einen Kreis von
Angelegenheiten oder – nur falls unvermeidlich –
alle Angelegenheiten

SWRÄG 2006

§ 278 Abs. 3 ABGB:

„Das [Pflechtschafts-]Gericht hat in angemessenen, fünf Jahren nicht überschreitenden Zeitabständen zu prüfen, ob das Wohl des Pflegebefohlenen die Beendigung oder Änderung der Sachwalterschaft (Kuratel) erfordert.“

**Aufhebung der Sachwalterschaft, falls
Voraussetzungen (für alle oder einzelne
Angelegenheiten) nicht mehr erfüllt werden**

Bestellung SW

- Anregung für ein Sachwalterverfahren bei Pflschaftsrichter des jeweiligen Bezirksgerichts (durch Angehörige, Behörde, psychosoziale Einrichtung, Betroffenen selbst)
- Gericht prüft Notwendigkeit in einem SW-Verfahren, ärztliches Gutachten
- RichterIn entscheidet

SWRÄG 2006 – Bestellung des SW

§ 279 Abs. 2-3 ABGB: Subsidiaritätsprinzip

„eine geeignete“, „nahe stehende Person“
(Familien- oder Bekanntenkreis)



Vertretungsnetz/SW



Rechtsanwalt/-anwältin, NotarIn oder andere
Person (z.B. SozialarbeiterIn)

SWRÄG 2006 – „Wunschermittlungspflicht“

- § 281: Berücksichtigung des Willens und der Wünsche der Person und ihres individuell definierten Wohls
- Verwaltung von Einkünften: vorrangig Deckung der Bedürfnisse, Ziel ist nicht die Vermehrung des Vermögens
- Entscheidungen gegen den Willen der Betroffenen nur, wenn dessen Wünsche klar seinem/ihrer Wohl schaden

SWRÄG 2006 – Personensorge

- Organisation der ärztlichen und sozialen Versorgung
- **Mind. ein Mal pro Monat persönlicher Kontakt**

SWRÄG 2006 – Personensorge

- *medizinische Eingriffe*: Pflegebefohlene entscheiden bei Einsichts- und Urteilsfähigkeit selbst, ansonsten SW; bei schweren Maßnahmen: 2. ärztl. Gutachten bzw. Gericht
- *Bestimmung des Wohnortes*: wenn Einsichts- und Urteilsfähigkeit nicht mehr besteht, entscheidet SW
- richterliche Genehmigung, falls Wohnort dauerhaft geändert wird – z.B. Heimunterbringung

SWRÄG 2006 – Bestellung des SW

Einführung von Höchstgrenzen:

- Person (nicht hauptberuflich): max. 5 SW
- Rechtsberufe: max. 25 SW (außer es geht um Angelegenheiten, die keiner Personensorge bedürfen)

Wurde mittlerweile aufgehoben – Kanzleien mit bis über 1000 BS!

SWRÄG 2006 – Entschädigung (§ 276)

- Bis zu 5% sämtlicher Einkünfte (z.B. der Pension) jährlich nach Abzug der Steuern (ausgen. staatliche Sozialleistungen)
- Bei besonderen Bemühungen kann Entschädigung auf bis zu 10% erhöht werden
- Vermögenswert > 10.000 €: zusätzlich 2% davon jährlich
- Bei speziellen Gründen (z.B. stark eingeschränkter Wirkungskreis) Verringerung der Entschädigungen

Problematik

- Viele KlientInnen, die Kanzleien zugeteilt werden, sind mittellos – keine Entschädigungen
- SW von Kanzleien: kein psychosozialer Hintergrund
- Wohlhabende KlientInnen: manche Kanzleien „sparen“ Geld, damit Vermögen nicht schrumpft – schwer, SW loszuwerden

Alternativen

1. Sachwalterverfügung

vorsorglich getroffen; muss berücksichtigt werden, wenn Wunsch dem Wohl der Betroffenen entspricht

2. Vertretungsbefugnis für nahe Angehörige

für Angelegenheiten des täglichen Lebens: das Kaufen von Lebensmitteln, Kleidung, Anträge auf Sozialleistungen stellen, Zustimmung zu einfachen medizinischen Behandlungen, Organisation von Pflegeleistungen etc.

Alternativen

3. Vorsorgevollmacht

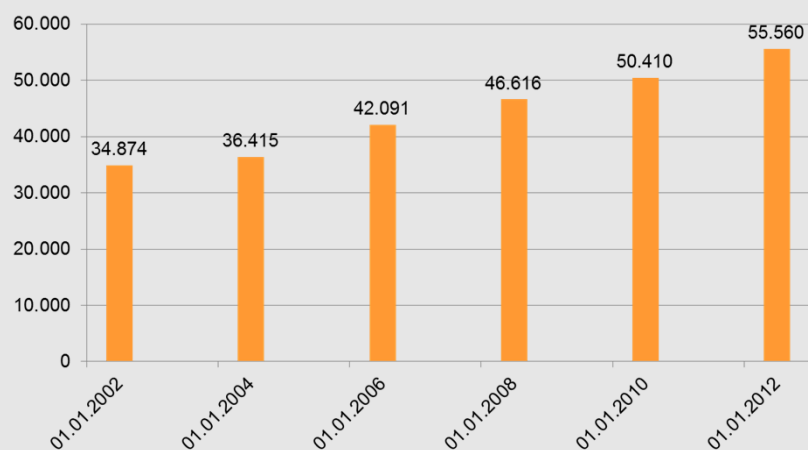
- Möglichkeit, vor Verlust der Einsichts- und Urteils- und Geschäftsfähigkeit eine Vertrauensperson als zukünftige Vertretung zu wählen
- Hinterlegung im Österreichischen Zentralen Vertretungsverzeichnis (ÖZVV)

→ *nehmen wenige in Anspruch!*

Ausbaufähig: Clearing des Vertretungsnetzes

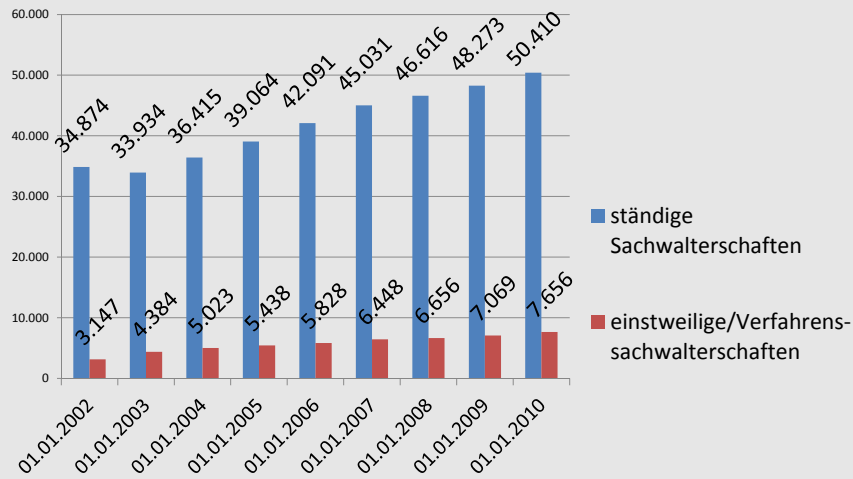
- Clearing soll die Anzahl der SW verringern
- Im Auftrag des Gerichts wird vor der Bestellung eines/einer SW die soziale Situation der Betroffenen erfasst – Suche nach Alternativen zur SW
- nicht obligatorisch
- (ö-weit)nicht in allen Bezirksgerichten angeboten
- Gerichte nicht an die Empfehlungen der Vereine gebunden

Anstieg der ständigen SW in Österreich



Pilgram et al. 2009; Justizbericht Rechtsfürsorge; Parlamentarische Anfragebeantwortung der Bundesministerin für Justiz, Beatrix Karl, vom September 2012

Aufrechte SW in Ö 2002-2010



Pilgram et al. 2009; Justizbericht Rechtsfürsorge

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE WIEN

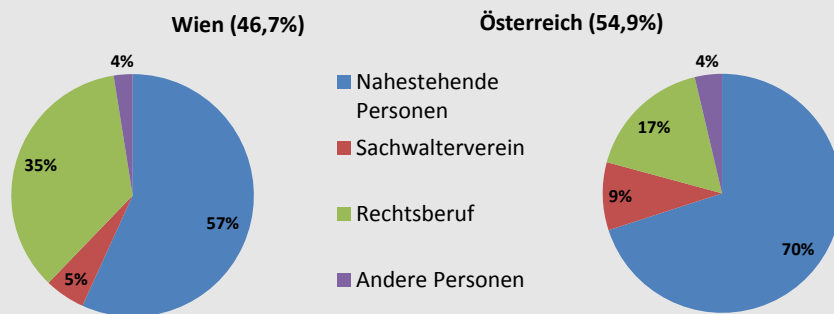
Wer fungiert als SW? (1.1.2012)



Parlamentarische Anfragebeantwortung der Bundesministerin für Justiz, Beatrix Karl, vom September 2012

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE WIEN

SW für alle Angelegenheiten (1.1.2012)



Parlamentarische Anfragebeantwortung der Bundesministerin für Justiz, Beatrix Karl, vom September 2012

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE WIEN

Sachwalterschaft nach Diagnosen des Klientels in Italien ...

- Etwa 15 % Psychisch Kranke
- Etwa 10 % geistig Behinderte
- Etwa 10 % Suchtkranke
- Etwa 5 % „diversi“

- **ETWA 60 % DEMENZKRANKE !!**

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE WIEN

Alternative zur SW: Unterstützte Entscheidungsfindung

- In Schweden und Teilen Kanadas (British Columbia) bereits in die Praxis umgesetzt
- Ö: Pilotprojekt vom Justizministerium geplant
- Berufung auf UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (von Ö ratifiziert) – SW: Verstoß
- Gefordert von: Unabhängigem Monitoringausschuss zur Umsetzung dieser Konvention, VertretungsNetz, Selbstbestimmt Leben Österreich, Lebenshilfe

UNO-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung

Präambel: Die Vertragsstaaten anerkennen, „*wie wichtig die individuelle Autonomie und Unabhängigkeit für Menschen mit Behinderungen ist, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen*“.

UNO-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung

Artikel 12: Gleiche Anerkennung vor dem Recht

- Absatz 2: „Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit genießen.“
- Absatz 3: „Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen.“

UNO-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung

- Menschen mit Behinderung in Bezug auf Rechts- und Geschäftsfähigkeit vor dem Gesetz gleich
- Unabhängig vom Grad der Behinderung: Selbstbestimmung des Alltags
- Unterstützung bei der Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit, Schutz vor Missbrauch
- Rechtsfähigkeit kann weder entzogen werden noch lässt sich darauf verzichten

Kanada: *Supported Decision-Making*

- Individuum geht ein „*representation agreement*“ mit Einzelperson oder Netzwerk ein
- Unterstützung bei Entscheidungsfindung und Vertretung in manchen Bereichen
- von Dritten wie ÄrztInnen, Geldinstituten und DienstleisterInnen anerkannt
- Netzwerk wird kontrolliert

Kanada: *Supported Decision-Making*

- Voraussetzung: Vertrauen gegenüber Netzwerk
- Netzwerk wird entweder nur für manche oder für alle Angelegenheiten eingesetzt
- Entscheidungen werden immer vom Individuum getroffen
- Unterstützungspersonen klären über Angelegenheit auf und interpretieren ggf. Wünsche der Person, die nach Möglichkeit erfüllt werden sollen

Kanada: Supported Decision-Making

Personen können kein „representation agreement“ eingehen, wenn sie...

- den (nicht) vorhandenen Wunsch nach einer Vertretung nicht äußern können
- die relevanten Informationen nicht verstehen
- Wünsche, Vorlieben, Zustimmung oder Ablehnung nicht kommunizieren können
- sich der Konsequenzen einer Handlung nicht bewusst sind

Kanada: Supported Decision-Making

- Die Form der Sachwalterschaft bzw. die repräsentative Entscheidungsfindung gibt es aber nach wie vor:

„Bisher existiert weltweit kein praktikables System der unterstützten Entscheidungsfindung, mit dem bei der Wahrnehmung der rechtlichen Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen auf stellvertretendes Handeln gänzlich verzichtet werden kann.“

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. 2013

Ethische Überlegungen

SW: Im Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Fürsorge/Fremdbestimmung, Autonomie und Schutzbedürfnis, Freiheit und Sicherheit

Zierl 2007

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE WIEN

Meine Forderungen...

- Unterstützte Entscheidungsfindung Pilotprojekt
- Umsetzung des SRÄG 2006:
individuelle Lösungen – Clearing sollte
obligatorisch sein!
- Mehr Ressourcen für Vertretungsnetz
- Stärkere Begrenzung der SW auf bestimmte
Bereiche, bestimmten Zeitraum
- Rechtskonforme Kontrolle der SW !
- Beendigung von Besachswaltung reformieren !!!

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE WIEN

Empfehlungen einer Betroffenen...

- KlientInnen für voll nehmen
- Aufhebung der SW als Ziel akzeptieren und unterstützen
- Hoffnung machen
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema (öffentliche Kritik an der Praxis der SW)
- Fachärztliche Stellungnahme
- Kolleg. Gespräche (telefon.) mit GutachterInnen
- Richtigen Zeitpunkt für konkrete Eingabe bei Gericht KlientInnen überlassen

Veranstaltungshinweis

Tagung zum Thema „Alternativen zur Sachwalterschaft“: 12. Mai 2014 in Wien

Organisatoren: VertretungsNetz und die IVS Wien (Interessensvertretung sozialer Dienstleistungsunternehmen für Menschen mit Behinderung)

***Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit***



PSYCHOSOZIALE
DIENSTE ■ WIEN

PSYCHOSOZIALE
DIENSTE ■ WIEN